Medienservice – Ausgabe vom 25. April 2017

**Jeder Tag ein Tag der Arbeit**

**Für Travail.Suisse, den unabhängigen Dachverband der Arbeitnehmenden, ist jeder Tag ein Tag der Arbeit. Als Dachverband setzen wir uns mit der Arbeit und allen Aspekten, welche die Lohnabhängigen in der Schweiz betreffen, auseinander. Klar, am 1. Mai sollen die Forderungen noch etwas kämpferischer und in einem festlichen Rahmen erhoben werden. Der 1. Mai soll uns aber auch zeigen, dass wir nur gemeinsam etwas erreichen können. Das müssen wir insbesondere jenen sagen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft oder eines Personalverbandes sind.**

*Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse*

Was die Arbeitnehmenden und die Gewerkschaften in der Vergangenheit erreicht haben, war nur gemeinsam möglich. Das sollten wir am 1. Mai nicht vergessen. Dabei müssen wir nicht gleich an einen Generalstreik denken, wie er am Ursprung des 1. Mai steht (in Chicago streikten am 1. Mai 1886 tausende Arbeitnehmende für bessere Arbeitsbedingungen). Es reicht sich in Erinnerung zu rufen, dass der Gesundheitsschutz, die Löhne, die soziale Absicherung erkämpft werden mussten. Und dass wir diese Errungenschaften verteidigen müssen. Das tun die Gewerkschaften und die Personalverbände, ohne sie würden die Arbeitsbedingungen verschlechtert.

**Angst, den Job zu verlieren – trotz guter Wirtschaftslage**

Dabei kennt die Schweiz schon jetzt einen der liberalsten Arbeitsmärkte. Seine Gesetze und Bestimmungen machen es den Unternehmen sehr einfach, Leute zu entlassen. Nicht nur in wirtschaftlich schwierigen Zeiten haben die Arbeitnehmenden deshalb Angst, den Job zu verlieren. Kein Wunder: Eine Umfrage der SRF-Wirtschaftsredaktion hat gezeigt, dass die SMI-Grossunternehmen Schweizerinnen und Schweizer entlassen und Personen aus dem Ausland anstellen. Dass trotz guter Wirtschaftslage vermehrt Leute entlassen werden, bekommen auch immer mehr ältere Arbeitnehmende zu spüren. Waren die über 55-Jährigen bisher seltener erwerbslos, hat die Arbeitslosigkeit in dieser Alterskategorie in letzter Zeit zugenommen. Und wer im Alter einmal arbeitslos wird, hat grössere Mühe, den Wiedereinstieg zu schaffen.

Es ist unverständlich, dass Unternehmen trotz guter Geschäftslage Leute auf die Strasse stellen. Noch unverständlicher ist es, wenn sie diese mit Arbeitnehmenden aus dem Ausland ersetzen. Es ist klar, dass die Schweiz als weltweit am besten vernetztes Land die weltweit besten Spezialkräfte benötigt. Aber das Argument der fehlenden Qualifikationen darf nicht vorgeschoben werden, um jüngere, günstigere Arbeitnehmende aus dem Ausland zu rekrutieren. Die Unternehmen müssen mithelfen, die Arbeitskräfte auch aus- und weiterzubilden.

**Bildung endet nicht mit dem Schul- oder Lehrabschluss**

Von unseren Steuereinnahmen fliesst ein Fünftel in unser Bildungssystem. Wir investieren viel in unser „Humanvermögen“. Das ist richtig und nötig. Aber diese Milliarden muss der Staat auch erhalten, hier sind auch die Unternehmen gefordert. Das Nein zur Unternehmenssteuerreform III war deshalb ein sensationeller Sieg an der Urne. Die undurchsichtigen Steuervehikel und die zu hohen Steuerausfälle waren klare Gründe für die Ablehnung. Will die Schweiz ein weltweit führendes Bildungswesen haben, braucht der Staat die notwendigen Mittel.

Die Investitionen in die Bildung dürfen aber nicht an den Schulen, Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten enden. Die Unternehmen sind gefordert, für die Weiterbildung ihrer Angestellten zu sorgen. Die beschäftigten Arbeitnehmenden müssen auf dem neuesten Wissenstand gehalten werden, und zwar auch die älteren unter ihnen. Denn gerade der drohende Fachkräftemangel wird es zeigen: Die älteren Arbeitnehmenden braucht es bis zu ihrer Pensionierung. Zu oft wird ab einem gewissen Alter nicht mehr ins sie investiert. Gemeinsam gilt es für mehr Weiterbildung einzustehen und diese selber zu fordern.

Was die Arbeitgebervertreter wollen ist klar: Sie wollen einen noch liberaleren Arbeitsmarkt. Im Parlament soll für noch mehr Berufskategorien die Arbeitszeiterfassung abgeschafft werden und für mittlere Kader und Fachspezialisten das halbe Arbeitsgesetz nicht mehr gelten! Zwei entsprechende Vorstösse wurden von den zuständigen Parlamentskommissionen schon angenommen. Wir werden uns hier gegen den gefährlichen Abbau von Schutzvorschriften wehren müssen!

**Altersvorsorge 2020: sozial und gerecht**

Bei der Altersvorsorge konnten wir das Rentenalter 67 und den Rentenabbau erfolgreich verhindern. Die Altersvorsorge 2020 ermöglicht eine Weiterentwicklung und eine Sicherung von AHV und Pensionskassen bis mindestens 2030. Es erstaunt nicht, dass der Arbeitgeberverband die Vorlage ablehnt. Die 0,3 zusätzlichen Lohnprozente, welche für die um 70 Franken pro Monate höhere AHV-Rente nötig sind, um die heutige Rentenhöhe zu halten, zahlen alle auf ihrem Lohn. Die besser Verdienenden erhalten aber nicht mehr als die Maximalrente. Das ist echter sozialer Ausgleich und mehr als gerecht vor dem Hintergrund der ungleichen Verteilung des Reichtums in der Schweiz. Angesichts der Tatsache, dass die Lohndiskriminierung der Frauen in der Schweiz noch nicht ausgemerzt ist, ist das höhere Rentenalter für die Frauen der Wehmutstropfen der Vorlage. Die Vorteile für die Teilzeiterwerbstätigen und die tieferen Einkommen können die negativen Wirkungen insgesamt jedoch ausgleichen. Bei einem Nein ist die Gefahr gross, dass die Rentenhöhe sinkt und das Rentenalter steigt. Der Vorstand von Travail.Suisse schlägt deshalb der Delegiertenversammlung auch einstimmig vor, die Altersvorsorge am 24. September zu unterstützen.

Wir werden weiterhin gemeinsam für den sozialen Fortschritt und für mehr Lebensqualität für die Lohnabhängigen kämpfen! Am 1. Mai und darüber hinaus. Für unsere Löhne, für unsere Renten und für unseren Vaterschaftsurlaub.

Travail.Suisse, Hopfenweg 21, 3001 Bern, Tel. 031 370 21 11, info@travailsuisse.ch,

[www.travailsuisse.ch](http://www.travailsuisse.ch)